

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



1. Hälfte April 2021

1. April

In den letzten 5 Jahren ist die Bevölkerung im Kanton Zürich um 73'000 Köpfe auf 1,54 Millionen Einwohner*innen gewachsen. Die Steuerkraft betrug im Jahre 2019 1645 Franken in Rorbas und 17527 Franken in Rüslikon. Ohne Finanzausgleich zwischen den Gemeinden müsste in der ärmsten Gemeinde ein Steuerfuss von 350 Prozent erhoben werden, in der reichsten Gemeinde hingegen nur 30 Prozent. Dank dem Ausgleich bewegen sich die Zahlen zwischen 62 und 130 Prozent. Wie eine Bevölkerungsbefragung zeigt, sind kleinere Unterschiede gewünscht. Eine Mehrheit plädiert für eine Spannweite von 83 bis 110 Prozent. Richtiger wäre eine Steuerharmonisierung, die überall denselben Steuerfuss bringen würde.

Die Standortorganisation «Greater Zurich Area» deckt die halbe Schweiz ab. Mitglieder sind die Kantone Zürich, Zug, Schwyz, Uri, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Graubünden und das Tessin. Aufgabe der Organisation ist es, ausländische Firmen zu einer Ansiedlung in einem der Mitgliederkantone zu bewegen. An ihrer Jahrespressekonferenz vermeldet die Organisation 86 Neuansiedlungen, davon 15 im Kanton Zürich, im Jahre 2020 (dem Krisenjahr), was gegenüber 2019 ein Rückgang um einen Fünftel bedeutet. Geschaffen wurden 510 neue Stellen.

Der Zürcher Gemeinderat hat die Einführung eines Klimaplanes beschlossen. Neubauten sollen in Zukunft wenn immer möglich so gebaut werden, dass die Kaltluftströme ungehindert ab den Hügeln in die Stadt fließen können. Weiter sind vorgesehen: mehr Gärten, Bäume, Wasserflächen, Fassaden- und Dachbegrünungen. Widerstand kommt von der SVP, die Reduzierung des Strassenraumes befürchtet und eine Beeinträchtigung der Hauseigentümer abwenden will, obschon die Massnahmen nur für die Stadt Zürich verbindlich sind, für Private aber sollen nur motiviert werden! Lassen wir uns überraschen, wie viele private Bauherren sich motivieren lassen.

3. April

Bei der SP zeichnet sich ein Gerangel um die Kandidatur für den 4. Stadtratssitz ab. Gleich 3 Nationalrätinnen drängen auf ein Exekutivamt. Es sind dies Jacqueline Baran, Min Li Marti und Celine Widmer. Zusätzlich bewerben sich auch Gemeinderätin Simone Brander, Kantonsrätin Esther Staub und SP-Generalsekretärin Andrea Sprecher für dieses Amt. Am 26. August werden rund 150 Delegiert* die Favoritin küren.

Ein breites Bündnis von Parteien und Organisationen haben Beschwerde gegen Artikel 7 der kantonalen Covid-Verordnung beim kantonalen Verwaltungsgericht eingereicht. Es sind die die SP, die Grünen, die AL und die PdA, sowie der vpod, zwei Klimastreikorganisationen, das Frauenstreikkollektiv, die Gruppe Ni Una Menos und das 1.Mai-Komitee. Es geht um das kantonale Verbot von politischen Demonstrationen, das so nur im Kanton Bern und eben auch im Kanton Zürich existiert. Die Anwältin Ursula Weber vertritt ihr Anliegen.

6. April

Die vergangenen Ostertage haben den Politbetrieb weitgehend zum Erliegen gebracht. Ein einziges Thema ist heute zu vermelden. PubliBike ist ein privatwirtschaftlich funktionierendes Unternehmen, das zu 100% der Postauto Schweiz AG gehört. PubliBike besitzt in der Stadt Zürich ein Netz von 150 Ausleihstationen mit rund 2000 Fahrrädern und hauptsächlich Elektrovelos. Als die Stadt Zürich im Jahre 2015 das Fahrradgeschäft für Zürich ausschrieb, war PubliBike der günstigste Anbieter. Alle anderen Anbieter wollten von Anfang an einen Beitrag der Stadt. PubliBike wollte mit vermieteten Reklametafeln an seinen Velos und einer Benutzer*innengebühr einen Gewinn erwirtschaften. Dies misslang grossartig. PubliBike erwirtschaftete allein im Jahr 2017 einen Verlust von 5 Millionen Franken, allerdings für die ganze Schweiz. Der Züricher Anteil dürfte 1 bis 2 Millionen betragen. Genau die-

sen Betrag will die Firma nun von der Stadt Zürich, ansonsten sie den 2023 auslaufenden Vertrag nicht mehr erneuern werde. Wir meinen: Ein öffentlicher Fahrradverleih ist Bestandteil des Service Public und muss kostenlos angeboten werden.

7. April

Grössere, zusammenhängende Mooregebiete sind für die Artenvielfalt von existentieller Bedeutung. Bereits im Jahre 1995 hat der Kanton Zürich in seinem Naturschutz-Gesamtkonzept festgelegt, dass auf rund 1,8 Prozent der heutigen Landwirtschaftsfläche eine sogenannte Moorergänzungsfläche geschaffen werde. Diers auch, weil von den ehemaligen Feuchtgebieten heute nur noch rund zehn Prozent erhalten sind. Der Kanton will diese Restgebiete also ausweiten. Das Amt für Landwirtschaft hat jetzt 1300 Hektaren eruiert, die dazu geeignet sind. Geschehen ist bisher aber noch rein gar nichts! Der Bauernverband begrüsst die geplanten Massnahmen, insbesondere auch, weil für die Bauern das Mitmachen auf Freiwilligkeit beruht! Pro Natura, WWF und Birdlife kritisieren dann auch in einer gemeinsamen Mitteilung, dass es ein Vierteljahrhundert gedauert habe, um allein die Renaturierungsflächen zu definieren und ein konkreter Plan für die Umsetzung immer noch fehle.

Der Kanton hat von der Kantonalbank anlässlich deren 150 Jahre-Jubiläum 100 Millionen Franken erhalten. Folgende Verwendung ist vorgesehen: 15 Millionen an die Gemeinden, 50.4 Millionen an das Corona-Impfprogramm, 27.6 Millionen an Projekte, die den Zugang der Bevölkerung zu Fließgewässern ermöglichen und 7 Millionen für Kleinprojekte.

8. April

Der monströsen Planungsdebatte erster Teil im Gemeinderat. Zur Erinnerung: Für Planungen gelten folgende Stufen mit degressiver Hierarchie: 1. Planungsvorgaben auf eidgenössischem Niveau. 2. Kantonales Planungs- und Baugesetz. 3. Kantonaler Richtplan. 4. Regionaler Richtplan (Die Stadt Zürich ist eine eigene Planungsregion). 5. Kommunaler Richtplan. 6. Bau und Zonenordnung. Wir sprechen jetzt also vom kommunalen Richtplan. Um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren möchten die Grünen in den Richtplan schreiben es sei künftig nur noch ein Arbeitsplatz auf zwei Einwohner zuzulassen. Heut beträgt das Verhältnis beinahe 1:1. Von bürgerlicher Seite wird vorgerechnet, dass entweder die Wohnbevölkerung auf 750000 Menschen anschwellen müsste, oder aber man müsste 160000 Arbeitsplätze abbauen. Diese Art der Arbeitsplatzbeschränkung kommt bei der nicht-grünen Linken nicht gut an. Eine Beschränkung würde weniger qualifizierte Arbeitsplätze aus der Stadt verdrängen und der Druck auf die Mietpreise würde stark zunehmen. Das Ansinnen wird abgelehnt.

Die JUSO hat ihre Volksinitiative für einen Gratis-ÖV eingereicht. Von den 3578 Unterschriften waren 3080 gültig. Erforderlich waren 3000 Unterschriften. Das sind 14% ungültige Unterschriften.

Eine Wohnungsbesitzerin vermietete zwei je knapp 90 m² grosse Wohnungen sowie eine 156 m² grosse Wohnung, unterteilt in fünf Zimmer zu einem Zimmerpreis von 700-750 Franken pro Zimmer in den kleineren Wohnungen und zu 900-1260 Franken in der grösseren Wohnung, wo sie die Wohnung in 11 Zimmer aufteilen liess. Toilette, Küche und Bad mussten sich die Mietenden jeweils teilen. Jetzt musste sich die Vermieterin vor dem Bezirksgericht Zürich verantworten. Ihr wird gewerbemässiger Wucher angelastet. Sie sprach zwar von Marktpreisen, aber diese waren in ihrer Höhe dem Betrag angeglichen, den die Sozialämter ihren Klient*innen für Wohnungsmieten bewilligen. Es waren denn auch vor allem Sozialhilfebezügler*innen, also Suchtkranke, Asylsuchende, kurz: Menschen in prekären Verhältnissen, die diese Zimmer mieteten. Die Frau wurde der Anklage folgend, zu 33 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen sie 11 absitzen muss.

9. April

Die Findungskommission der FDP für eine dritte Kandidatur bei den Zürcher Stadtratswahlen von 2022 ist am Ziel. Der Delegiertenversammlung werden die Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel und Gemeinderätin Yasmine Bourgeois zu Auswahl vorgeschlagen.

Die Stadt zieht die Konsequenz aus der laufenden Diskussion um rassistische Häusernamen wie zum Beispiel «Haus zum Mohrentanz» oder «zum Mohrenkopf» und gibt diesen Häusern im Niederdorf andere Namen. Dass dies einem SVP-Gemeinderat nicht passt, dürfte kaum verwundern.

10. April

Über die Polizeigewalt gegen demonstrierende Frauen am 6. März werden weitere Details bekannt. So prüft die Staatsanwaltschaft die Eröffnung eines Verfahrens gegen einen konkreten Polizisten, der auf einem Video, das in den sozialen Medien zirkuliert, gut erkenntlich auf eine Frau einschlägt. Dieser Polizist ist nach wie vor im Dienst. Die Stadtpolizei lässt verlauten, man wolle den Ausgang des Strafverfahrens abwarten, bevor personalrechtliche Entscheide getroffen würden. Im Gemeinderat wurden diverse Vorstösse in diesem Zusammenhang eingereicht. Gegen eine der verhafteten Frauen wurde ebenfalls ein Strafverfahren eröffnet. Sie soll sich ihrer Verhaftung widersetzt und dabei einen Polizisten gebissen haben. Auch diese Frau berichtet von diversen Schlägen, die sie erhalten hat.

Die Chancen, oder eher die Gefahr, dass das Atomendlager der NAGRA in den Kanton Zürich zu liegen kommt, wächst. Der Regierungsrat wehrt sich jetzt aber gegen die Planung von «Verpackungszentren» für die atomaren Abfälle im Kanton, da sie über wichtigen Grundwasserströmen zu liegen kämen, die für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung wichtig sind.

Die Monsterdebatte im Gemeinderat über den neuen Siedlungsrichtplan wurde am vergangenen Freitag fortgeführt. Es ging diesmal um die Schaffung von Parks und Grünraum in der Stadt. Gegen 140 Parks und Grünflächen sollen entstehen, um der Hitzeentwicklung in der Stadt entgegenzuwirken. Besonders spektakulär betrifft es die Achse vom Bullingerplatz bis zur Kalkbreitestrasse. Diese soll zu einer Art Champs-Élysées ausgebaut werden. Die Freisinnigen gaben ihre Vollopposition auf und unterstützen einige der Ideen, die SVPO lehnt alles ab, wie zu erwarten war. Am Samstag wird die Debatte weitergeführt.

Das Grossprojekt Brunaupark der CS wurde bekanntlich vom Baurekursgericht gestoppt. Ein Rekurs ist hängig. Jetzt soll eine sanfte Renovation der Migros-Gebäulichkeiten erfolgen und der eigentliche Umbau der Migros nach hinten verschoben werden. Die Wohnungsgrundrisse werden so geändert, dass Wohn- und Schlafzimmer gegen den Innenhof zu liegen kommen und Treppenhäuser, Küchen und Bäder gegen die Strasse hin, um den Lärmschutzbestimmungen zu genügen. Die Mieter können bis Mitte 2024 bleiben.

12. April

Am Samstag wurde im Gemeinderat die Debatte über den Richtplan Siedlung weitergeführt und nach 19 Stunden zum Abschluss gebracht. 176 Anträge wurden in der Debatte eingebracht, 109 fanden eine Mehrheit. Mit 77 zu 40 Stimmen sagte das Parlament zu diesem angereicherten Paket ja. Die Fronten waren klar, SVP und FDP sagten nein, Mitte Links sagte ja. Auch die EVP stimmte dagegen, allerdings weil sie generell gegen die Verdichtung ist. Der Plan hat folgende Schwerpunkte: Schaffung von 40 Quartierzentren, Mehr Grünflächen, bessere Voraussetzungen für das Regenwasser, Vermehrt Hochhäuser von über 80 Metern Höhe, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus zwecks besserer, sozialer Durchmischung und schliesslich der Versuch, private Bauherren zur Verfügungstellung von Freiflächen zu gewinnen. Eine Volksabstimmung über diesen Plan ist sicher. Als Kuriosum seien zwei Voten einer freisinnigen Gemeinderätin erwähnt. Sie sieht im Richtplan eine

«antiurbane Zwangsjacke» und meint, die Stadtquartiere würden zu einem «sozialistischen Einheitsbrei»! Dümmer geht es nimmer...

13. April

Morgenröte in der Zürcher Drogenpolitik! Der einstimmige Parteivorstand der FdP der Stadt Zürich will Drogen legalisieren! Er will Cannabis, aber auch harte Drogen wie Kokain oder Heroin reglementiert legalisieren. Zunächst soll der Eigenkonsum und der Besitz von Drogen für den Eigenverbrauch straffrei werden. Die Freigabe soll wissenschaftlich begleitet werden. Die Partei wird ihre neuen Ideen in den Räten einbringen.

Von den 162 Zürcher Gemeinden haben für das Jahr 2021 dreizehn eine Erhöhung des Steuerfusses beschlossen, zehn Gemeinden senken den Steuerfuss. Am tiefsten bleibt dieser in Kilchberg mit 72 Prozent der einfachen Staatssteuer, am meisten, nämlich 129 % wird in Maschwanden, Wila und Wildberg verlangt.

14. April

Dass der SVP die neue Drogenpolitik der Freisinnigen nicht gefallen wird, war vorauszusehen. Sie sprach von «zynischer Wahlkampfaktik» und von einem «Schritt in die falsche Richtung». Die SP hingegen findet den FdP-Vorschlag «prüfenswert».

Der grosse Schneefall vom Januar hat Spuren hinterlassen. Etwa 20% der rund 62000 Bäumen in der Stadt Zürich sind in Mitleidenschaft gezogen worden. 223 sind umgestürzt, 176 mussten gefällt werden. Allein die Aufräumarbeiten kosteten die Stadt 1,8 Millionen Franken. Bis im Sommer werden noch 0,7 Millionen dazu kommen. Es werden Neuanpflanzungen im Umfang von 1.4 Millionen Franken notwendig sein. Dass die Bäume ersetzt werden müssen, steht ausser Zweifel.

Wie protestiert man als Zürcher SVP-Gemeinderat gegen die bösen Diktatoren, die einem eine Maskenpflicht aufoktroieren? Ganz einfach, man besucht die Sitzungen des Gemeinderates nicht mehr! Endlich mal ein aufrechter Schweizer in der Zürcher Politik!

15. April 21

Im Streit zwischen der Generalunternehmerin beim Bau des Letzigrundstadions im Jahre 2008 auf die Fussballeuropameisterschaften hin, der Firma Implenia und der Stadt Zürich als Eigentümerin des Stadions, ist es zu einem gerichtlichen Vergleich gekommen. Dieser belässt die von der Stadt zurückgehaltenen 12 Millionen Franken bei dieser, dafür verzichtet die Stadt auf einige kleinere Beträge. Unter dem Strich hat die Stadt den Streit um die Baumängel gewonnen, allerdings hat sie einen siebenstelligen Betrag für Anwaltskosten aufgewendet.

Zeit ist Geld! An diese Weisheit muss man denken, wenn man von der VBZ die Rechnung für die Einführung der Tempo-30-Zonen präsentiert bekommt. Sie verlangt 900'000.00 Franken, die entstehen, da die Linien 13 und 46 mehr Fahrzeuge und mehr Personal brauchen, wenn sie den bisherigen Takt-Fahrplan einhalten wollen. Jetzt will die Stadt ganz einfach die Buslinie 38 ersatzlos streichen, da diese Linie verhältnismässig bescheiden genutzt werde. Im Gemeinderat waren die Rechten und die Linken gegen diese Streichung. Nur ihre Rezepte waren grundverschieden. Die Rechten wollen Tempo 30 aufheben, die Linken wollen die Mehrkosten dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) in Rechnung stellen. Links Grün hat die Mehrheit, also wird die Stadt dem ZVV eine Rechnung stellen. Ob diese beglichen werden wird, steht in den Sternen.

Zum 1. Mai hat der Gewerkschaftsbund statt einer Demonstration fünf kleinere Kundgebungen geplant und zwar am PARADEPLATZ, AUF DEM Lindenhof, vor der Sihlpost und auf dem Negrellisteg, der über die Bahngleise führt. Dort sollen sich je bis zu 100 Personen versammeln. Allerdings

braucht es dazu noch die Änderung der kantonalen Vorschrift, die Ansammlungen auf 15 Personen beschränkt.

Als im Jahr 2020 die Zürcher Kantonalbank (ZKB) aus Anlass ihres 150-Jahre-Jubiläums eine Seilbahn über den See bauen wollte, erhob sich im Quartier Opposition. Diese Opposition führte zu einer Volksinitiative, der «Volksinitiative zum Schutz der Besonnung des öffentlichen Grünraums am Seeufer «Besonnungs-Initiative». Der Stadtrat lehnt die Initiative ab, sie stehe quer zum eben verabschiedeten kommunalen Richtplan, am Seeufer würden sämtliche Bauten verhindert. Die Grünen und die AL sind eher bei den Unterstützenden der Initiative, GLP und SP, aber auch die Bürgerlichen lehnen eher ab. Der Initiant will mindestens eine Achtungserfolg an der Urne, was noch in diesem Jahr geschehen soll.